

**Nr. 16/20 vom 19.12.2016**

**Arbeitskreis „Zukunftsenergien“**

## **Klimaschutzplan 2050: EEG-Umlage auf alle Verbrauchssektoren – Wie fair ist diese Lastenverteilung?**

Berlin. Der „Klimaschutzplan 2050“ sieht u.a. vor, alle energieverbrauchenden Sektoren an der Finanzierung der Kosten der Energieversorgung durch Nutzung erneuerbarer Energien, einschließlich der notwendigen Infrastruktur, zu beteiligen. Dies soll die rasant ansteigende EEG-Umlage verringern und die Sektorenkopplung beschleunigen. Wie eine solche neue Kostenverteilung zu bewerten ist und welche Konsequenzen sich für die Sektoren Strom, Wärme, Industrie sowie die Bürger ergäben, diskutierte das Forum für Zukunftsenergien in seinem Arbeitskreis „Zukunftsenergien“ am 14. Dezember 2016.

Die EEG – Umlage wird auch 2017 ansteigen – voraussichtlich von 6,35 Cent pro kWh um 8,3 Prozent auf 6,88 Cent pro kWh. Damit hat sie sich seit 2004 verzehnfacht. Insgesamt werden sich nach Berechnungen der Übertragungsnetzbetreiber die Belastungen allein aus der EEG – Umlage auf rd. 24 Mrd. € summieren und sich auch in den nächsten Jahren erhöhen.

Diese Entwicklung könnte verhindert werden, wenn die EEG-Umlage anteilig auch auf den Energieverbrauch im Wärme- und Verkehrssektor erhoben würde, berichtete Robert Busch, Geschäftsführer, Bundesverband Neue Energiewirtschaft e.V. (bne), mit Bezug auf eine von seinem Verband in Auftrag gegebene Studie beim Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW). Eine Bemessung der Umlage unter Berücksichtigung der CO<sub>2</sub> - Emissionen anstatt anhand der bezogenen Strommenge könnte darüber hinaus Anreize für die Entwicklung effizienter und erneuerbarer Technologien in diesen Bereichen setzen. Vier Szenarien seien in der Studie durchgerechnet worden. Danach sei die größte Entlastung des Strompreises (EEG-Umlage: 1,3 ct/kWh) zu erwarten, wenn auch die Sektoren Wärme und Verkehr mit der Umlage belastet würden bei einer Beibehaltung der Belastung für Industrie sowie GHD (Gewerbe, Handel, Dienstleistungen) im bisherigen Umfang. Die Effekte einer zunehmenden Eigenstromversorgung, die beim derzeitigen Umlagesystem mit einer „Entsolidarisierung“ einhergehen, seien nicht Gegenstand der Studie gewesen.

Die Auswirkungen, die von einer Erweiterung der EEG-Umlage auf den Wärmesektor für die Wohnungswirtschaft zu erwarten wären, verdeutlichte Dr. Ingrid Vogler, Referentin Energie, Technik, Normung, GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen e.V. Sie erwarte von einer solchen Neuverteilung keine Lenkungswirkung zugunsten einer Wärmeenergieeinsparung im Mietsektor, da dort die Anzahl der Öl- und Kohleheizungen gering sei. Beim GdW, der 6 Millionen Wohneinheiten bewirtschaftet und seit 1990 34 Prozent der Wohnungen umfassend und 27 Prozent teilweise energetisch modernisiert habe, treffe dies nur auf ca. 1 Prozent der Wohnungen zu. Generell werde jedoch in Deutschland noch ein Viertel der Raumwärme mit Ölheizungen erzeugt. Hingegen würde eine Umverteilung der Kosten laut Dr. Vogler in eine Mehrbelastung der Wärme insbesondere bei energetisch bereits modernisierten Wohnungen münden, die ohnehin bereits deutlich teurer seien als nicht-modernisierte Wohnungen. Die Ursache dafür liege in der modernisierungsbedingt steigenden Kaltmiete, deren Erhöhung durch Einsparungen bei der Raumwärme nicht kompensiert werde. Bei Wohnraum, der über Transfereinkommen finanziert wird, könne dies darüber hinaus zu einer Kostenverschiebung zu Lasten der Kommunen führen. Folglich würde die Wohnungswirtschaft ihrem Auftrag, eine „gute, sichere und sozial verantwortbare Wohnungsversorgung der breiten Schichten der Bevölkerung“ zu schaffen, nicht mehr nachkommen können. Außerdem schätze sie, dass die

Wohnungswirtschaft bis 2050 nur eine CO<sub>2</sub>-Minderung von 60 Prozent erreichen könne und nicht, wie von der Bundesregierung vorgesehen, von 80 bis 95 Prozent.

Dr. Jörg Rothermel, Leiter Energie, Klimaschutz und Rohstoffe, Verband der Chemischen Industrie e.V. (VCI), gab zu bedenken, dass die Energiewende nicht mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien gleichzusetzen sei und in zunehmenden Maße weitere Kosten entstünden, die nur zu einem Teil über die EEG-Umlage finanziert würden. Als Beispiele nannte er die Kosten für den erforderlichen Netzausbau, Maßnahmen zur Sicherung von Erzeugungskapazitäten und weitere Kosten für Speichermaßnahmen. Eine umfangreiche Reform des EEG mit dem Ziel einer Kostensenkung sei daher angesichts der weiter steigenden EEG-Umlage unabdingbar. Für Teile der Industrie gebe es zwar Entlastungsmöglichkeiten, eine weiter steigende EEG-Umlage könne die Diskussion über die Verteilung der Stromkosten jedoch weiter anheizen. Für Verunsicherung bei Investitionen und Planungen Sorge bei der Industrie im Übrigen die immer wieder aufkommende Kritik der Europäischen Kommission an den Ausgleichsregelungen über die Beihilfeleitlinien. Ebenfalls unklar sei, wie lange die EU-Kommission akzeptieren werde, dass die Eigenstromerzeugung von der EEG-Umlage ausgenommen ist. Generell sei der durchschnittliche Strompreis für die Industrie nach einem Anstieg bis zum Jahr 2014 auf 15,32 ct/kWh wieder etwas gesunken, auf 15,04 ct/kWh im Jahr 2016. Damit bewege sich die deutsche Industrie international im Grenzgebiet der Wettbewerbsfähigkeit – zu deren Erhalt dürften die Kosten für die Industrie zumindest nicht steigen, erklärte Dr. Rothermel.

In der anschließenden Podiumsdiskussion vertieften die Bundestagsabgeordneten Dr. Andreas Lenz (CDU/CSU), Johann Saathoff (SPD) und Oliver Krischer (Bündnis 90/Die Grünen) die Debatte unter der Moderation von Dr. Frank-Michael Baumann, Geschäftsführer, EnergieAgentur.NRW sowie Vorsitzender, Arbeitskreis „Zukunftsenergien“.

Dr. Lenz führte an, dass sich in den letzten sechs Jahren verschiedene Variablen und Annahmen, die zur aktuellen Höhe der EEG-Umlage geführt haben, geändert hätten. Um die Akzeptanz des Systems zu wahren, müsse nun verstärkt auf die Kosten geachtet werden; auch wenn klar sei, dass die Energiewende weiterhin mit steigenden Kosten verbunden sein werde. Als Mitglied der CSU trete er dennoch dafür ein, dass es eine Finanzierungsreform nur unter Einhaltung der bislang zugesicherten Höhe der Einspeisevergütung geben könne.

Saathoff forderte, sich verstärkt mit der Frage auseinander zu setzen, wie die Sektorenkopplung angestoßen werden könne. Zukünftig müssten stärker die gesamten Kosten sowohl der konventionellen als auch der erneuerbaren Energien betrachtet werden. Zur Einführung eines nationalen CO<sub>2</sub>-Preises merkte er an, dass dies in der Vergangenheit nicht funktioniert habe und es folglich eine Forderung nach einer CO<sub>2</sub>-Steuer von der SPD im Wahlkampf nicht geben werde.

Krischer relativierte, dass es ein perfektes Modell nicht geben könne. Stets müssten Einzelfälle geprüft und das System entsprechend angepasst werden. Generell mache es jedoch Sinn, jene Sektoren, die sich wandeln wollen und sollen, an den Kosten für den Wandel zu beteiligen. Einen CO<sub>2</sub>-Mindestpreis, wie ihn Frankreich oder Großbritannien eingeführt haben, begrüße er daher. Schließlich forderte er, dass die Interpretation der Beihilfeleitlinien nicht der EU-Kommission überlassen, sondern einem transparenten parlamentarischen Prozess unterworfen werden sollte.

Die Präsentationen der Vortragenden stehen für die Mitglieder des Forum für Zukunftsenergien auf der Website (Presse/Publicationen) zum Download bereit. Sollten Sie persönlich oder Ihr Unternehmen / Ihre Institution Mitglied im Forum für Zukunftsenergien sein und noch keine Zugangsdaten besitzen, senden Sie bitte eine E-Mail an: [info@zukunftsenergien.de](mailto:info@zukunftsenergien.de).

Das Forum für Zukunftsenergien bedankt sich bei der Deutsche Bank AG für die Gastfreundschaft, bei dem bne, dem GdW und dem VCI für die Unterstützung.

**Das Forum für Zukunftsenergien wünscht allen Mitgliedern und Lesern ein frohes Weihnachtsfest, einen guten Rutsch und alles Gute, Glück und Gesundheit im Jahr 2017.**

Ihre Annette Niefeld

## **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien engagiert sich als einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationelle und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Dem Verein gehören ca. 250 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung an.

### **Kontakt:**

Gregor J. Weber M.A.  
Referent  
Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Reinhardtstr. 3  
10117 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
weber@zukunftsenergien.de  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)